

Methode Merkel: Macht gegen Money

Quelle: KOPP-exklusiv Nr. 7/18

Merkels Verlängerung im Kanzleramt - so es denn nach dem Gewürge der vergangenen Wochen dazu kommt - lässt die EU-Bonzen jubilieren. Sie wissen:

- ❖ **Jetzt geht es dem deutschen Steuerzahler ans Portemonnaie: Paris lenkt, Brüssel verwaltet und Berlin zahlt.**

Fast hätte sich für die Brüsseler EU-Funktionärsclique und den französischen Präsidenten ein großer Wunsch erfüllt. Für mehrere Stunden sah es so aus, als würde einer aus ihren Reihen zum deutschen Außenminister avancieren. Doch weil sich die Genossen wieder einmal politisch zerfleischten, stieg der ehemalige EU-Bonze *Martin Schulz* nach einem wenig erfolgreichen Kurzaufenthalt an der SPD-Spitze dann doch nicht zu Deutschlands Chefdiplomaten auf.

Milliardenschwere Bürde

Trotzdem dürfen sich die Verantwortlichen in Brüssel und den meisten anderen EU-Hauptstädten freuen. Denn erstens hat Martin Schulz die im GroKo-Vertrag enthaltenen europapolitischen Aussagen ganz nach seinem Gusto festgeschrieben, und zweitens wird künftig ein SPD-Mann als Finanzminister in Berlin fungieren aus Sicht der EU allemal bequemer als der knorrige Wolfgang Schäuble. Für die deutschen Steuerzahler hingegen dürfte die im Koalitionsvertrag vereinbarte Europapolitik in den nächsten Jahren eine milliardenschwere Bürde werden. »Wir wollen die EU finanziell stärken, damit sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen kann. Dafür werden wir bei der Erstellung des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens Sorge tragen«, heißt es gleich im ersten Kapitel des Koalitionsvertrags. Von einem »künftigen Investivhaushalt für die Eurozone« ist darin ferner die Rede. Ganz explizit geben darüber hinaus die GroKo-Funktionäre zu Protokoll: »Wir sind zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit.« In »enger Partnerschaft mit Frankreich« werde man die Eurozone »nachhaltig stärken«. Die *Neue Zürcher Zeitung* warnt die Nachbarn:

- ❖ Den deutschen Steuerzahlern müsste bei solchen Aussagen angst und bange werden. Denn letztlich hat sich Berlin damit weitgehend den Forderungen Macrons unterworfen. Der Euro-Rettungsfonds dürfte schon bald zum Europäischen Währungsfonds umgebaut werden, wodurch die Kommission über die Verwendung der Gelder entscheiden könnte. Und auch wenn die Einsetzung eines weitgehend für das Geldausgeben zuständigen europäischen Finanzministers nicht ausdrücklich im Koalitionsvertrag erwähnt wird, so ist wohl davon auszugehen, dass sich auch in dieser Hinsicht Macron durchsetzen will. In Brüssel, Paris und den anderen EU-Hauptstädten haben die Verantwortlichen längst erkannt, dass Merket alles tut, um an der Macht zu bleiben.



Die frühere Bundestagsabgeordnete und Publizistin Vera Lengsfeld schrieb dieser Tage goldrichtig:

→ *»Das große Projekt der künftigen Großen Koalition ist nicht, die drängenden Probleme der chaotischen Einwanderung zu lösen und in Deutschland wieder rechtsstaatliche Verhältnisse herzustellen, sondern die Flucht nach Europa.«*

Weil Merkel und Schulz bereit sind, viel Geld nach Brüssel zu pumpen, steht nun auch wieder die Erweiterung der EU auf der Agenda. Noch im Jahr 2014 verkündete Kommissionspräsident *Jean-Claude Juncker*, die EU werde eine Pause vor künftigen Erweiterungen einlegen. Zuvor hatte Brüssel mit Rumänien und Bulgarien Länder aufgenommen, die ihre Korruptionsprobleme und die Kriminalität nicht in den Griff bekommen. Nun aber scheint die Pause, von der *Juncker* sprach, schon vorüber zu sein.

Serbien und *Montenegro* sollen in sieben Jahren der EU beitreten. Später könnten *Albanien* und *Mazedonien* folgen. Weshalb dieser Sinneswandel?

- ❖ Weil allen Beteuerungen zum Trotz nun offenbar doch der Weg in eine teure Transferunion geebnet wird, wodurch Länder wie Deutschland künftig auch den Balkan aufpäppeln dürfen, nachdem die Griechenlandhilfe längst den Charakter eines gigantischen Dauerauftrags angenommen hat.

So sieht das auch der frühere Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), *Jürgen Stark*, der einen fatalen Trend hin zu *»mehr Zentralisierung und mehr Geld auf einem beschleunigten Weg zu einer Transfer- und Haftungsunion«* ausmacht. In Brüssel wird man locker auf derlei Warnungen reagieren. Denn ganz gleich, wer am Ende Außenminister wird: Die neue europapolitische Agenda dürfte wohl stringent umgesetzt werden. In seinem Schreiben, mit dem Schulz auf das Amt des Außenministers verzichtet, heißt es wörtlich: *»Insbesondere ist die Neuausrichtung der Europapolitik ein großer Erfolg.«*